

# Regionalpolitischer Realitätssinn gefordert

Manchmal ist die Realität anders als die Welt, in der sich die Urheber von Volksinitiativen bewegen. Der Ständerat hat deshalb am Ausführungsgesetz zur Zweitwohnungsinitiative ein paar wichtige Korrekturen vorgenommen. Wir werden diese im Nationalrat noch hart verteidigen müssen. Die Flexibilisierung der Lex Koller, welche die CVP forderte, hatte diesmal in der grossen Kammer jedenfalls noch keine Chance. Auf begründete Gesuche eines Kantons hätte eine Erhöhung der Bewilligungskontingente für den Erwerb von Ferienwohnungen möglich sein sollen. Die Kantone brauchen einen gewissen eigenen Gestaltungsraum, aber Föderalismus ist auch in unserem Land offensichtlich für manche ein sehr dehnbare Begriff. Der Preis für die Weber-Initiative darf jedoch nicht der wirtschaftliche Ruin ganzer Bergregionen sein. Das ist wohl kaum im Sinne der Schweizer Bevölkerung.

## Zweite Gotthardröhre bauen

Politischer Anspruch und Realität stimmen auch beim Transitverkehr nicht überein. Seit der Alpenschutzinitiative vor 20 Jahren wurde der Verkehr dichter und die Güter werden heute – leider – nicht vollständig auf der Schiene transportiert. Trotz NEAT wird es ab 2020, wenn der Gotthard-Strassentunnel wegen Totalsanierung für mehrere Monate schliesst, zu Ausweichverkehr auch über Simplan und Grosse Sankt Bernhard kommen. Mit dem Bau einer zweiten Röhre liesse sich

das besser vermeiden. Kommt hinzu: Die Gotthardachse ist die weitaus wichtigste Verbindung des Kantons Tessin zum Rest der Schweiz; eine Schliessung hat für ihn weitreichende volkswirtschaftliche Folgen. Hier sind unsere südöstlichen Nachbarn in einer ähnlichen Situation wie wir am Lötschberg. Da gilt es ein Zeichen zu setzen. Der Nationalrat hat dies mit seinem Entscheid für eine zweite Röhre richtigerweise getan.

## Naturpark nicht bremsen

Zur vielbeschworenen Nachhaltigkeit gehört nicht nur die Umweltverträglichkeit, sondern ebenso die Wirtschafts- und die Sozialverträglichkeit. Das gilt auch für die Naturpärke. Sie verleihen den Regionen Aufschwung, fördern den Tourismus und das lokale Gewerbe und schaffen Arbeitsplätze. Deshalb sind in kurzer Zeit auch mehr Pärke entstanden als ursprünglich geplant. Die dafür festgelegte Fördersumme reicht so natürlich nicht mehr aus. Wir haben im Nationalrat einer Motion von René Imoberdorf zum Durchbruch verholfen, den Topf von 10 auf 20 Millionen Franken aufzustocken. Der Mehraufwand ist auch als Beitrag zur regionalen Entwicklung zu betrachten. Wenn schon bei den Zweitwohnungen gebremst wird, dann darf hier ruhig im Gegenzug etwas Gas gegeben werden. Es betrifft zu einem grossen Teil dieselben Regionen.

## Transparenz schaffen

Und diese Regionen geraten zunehmend auch unter Druck beim Finanzausgleich. Am Ran-

de der Session habe ich ein Treffen von Walliser Regierung und Bundesparlamentariern mit Finanzministerin Widmer-Schlumpf dazu arrangiert. In der wichtigen Frage, wie gross die Wertschöpfung der Arbeitsplätze und Arbeitsvergaben des Bundes in den einzelnen Regionen ist, konnte das Departement allerdings keine Auskunft geben. Zieht sich der Bund aus den Randregionen zurück, so fällt das in der Regel stark ins Gewicht. Transparenz in diesem Bereich würde zu einer Versachlichung der Diskussion führen. Ich habe mit einem Vorstoss im Parlament den Bundesrat nun aufgefordert, einen Bericht über die wirtschaftlichen Auswirkungen seiner Aktivitäten in den einzelnen Kantonen zu erstellen.

## Vorstösse durchbringen

Zustimmung gab es im Nationalrat bereits bei zwei anderen Themen, die mir am Herzen liegen. Die grosse Kammer entschied sich für die von mir in der Rechtskommission lancierte parlamentarische Initiative, das sogenannte Grooming, das gezielte Kontaktknüpfen mit Kindern im Internet zu sexuellen Zwecken, im Strafrecht zu verankern. Und er befürwortete meinen Vorstoss, dass auf Versichertenkarten der Wille zur Organspende festgehalten werden muss. Die Schweiz zählt pro Million Einwohner nur halb so viele Spender wie unsere Nachbarländer. Eine präzise Willenserfassung soll mithelfen, das Problem bewusst zu machen und mehr Spender zu finden.

## Politische Bildung fördern

Die Debatten und Vorstösse zeigen, wie notwendig es ist, das Wünschbare mit dem Vernünftigen in Einklang zu bringen. Unser politisches Entscheidungssystem beruht auf diesem Pragmatismus. Das muss unserer Jugend schon früh vermittelt werden. Eine kürzlich erschienene gfs-Studie hat ergeben, dass eine Mehrheit der Bevölkerung eine bessere politische Bildung bereits in der Sekundarschule will. Das Projekt «Schulen nach Bern» setzt seit 2009 genau dies um. Nun droht es an der Bürokratie zu scheitern. Für die Weiterführung nach 2015 braucht die bisher vor allem privat finanzierte Initiative die Unterstützung der öffentlichen Hand. Doch Bund und Kantone sind sich nicht einig, wer für die Förderung zuständig ist. Deshalb verlange ich in einer Motion vom Bund die Anerkennung von «Schulen nach Bern» als ausserschulisches Projekt, das er gemäss Kinder- und Jugendförderungsgesetz mitfinanzieren darf. Und ich erwarte von den Kantonen, dass sie nachziehen. Auch vom Kanton Wallis haben schon Klassen teilgenommen.



Viola Amherd,  
Nationalrätin